

keiner Weise den Wert des Bandes schmälern. Die Qualität wird durch eine kontinuierliche Perspektiverweiterung um das protestantische Moment im Kontext der Gewerkschaftsbewegung bestimmt. Darüber ist der Band dankenswerterweise nicht hinausgegangen. Unrichtigkeiten, wie die Feststellung der Herausgeber, der ESK sei im Erscheinungsjahr der Enzyklika „*Rerum novarum*“ (1891) gegründet worden (S. 12), sollten deshalb nicht stark im Sinne überforcierter und dabei mißglückter Suche nach „Traditionslinien“, sondern schwach als offensichtliche Ungenauigkeiten interpretiert werden.

Joachim Bleyl

Werner Bramke/Ulrich Heß (Hrsg.), Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Weimar/Köln/Wien 1995, 478 S.

In Anbetracht der zahlreichen und tiefgehenden Wandlungen, die der mitteldeutsche Raum in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erfahren hat, kann man *W. Bramke* nur zustimmen, wenn er Forschungslücken in der Wirtschafts- und vor allem Sozialgeschichte sowie in Teilen der politischen Geschichte konstatiert. Schon deshalb verdient der vorliegende Band Aufmerksamkeit, zumal das Themenspektrum außerordentlich breit ist und über den Titel des zugrundeliegenden Kolloquiums „Sach-

sens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert“ hinausgeht.

Die 22 Beiträge unterscheiden sich in Themenbreite und theoretischem Anspruch erheblich. Gemeinsam ist ihnen der regionale, zum Teil lokale Ansatz, der mitunter zu komparativen Betrachtungen genutzt wird, auf jeden Fall jedoch brauchbares Material für Vergleiche liefert. In seinem einleitenden Beitrag weist *Bramke* – über die sonst oft übliche Aufzählung der Themen hinausgehend – auf verschiedene Forschungsperspektiven, Querverbindungen und Kontroversen zwischen den Artikeln hin. Dies erweist sich als durchaus vorteilhaft, da die unter „Ansätze staatlicher regionaler Strukturpolitik“ zusammengefaßten Untersuchungen bis auf eine Ausnahme (*M. Rudloff*) wenig mit diesem Thema zu tun haben und auch die sozialhistorischen Beiträge des dritten Abschnitts eine äußerst bunte Mischung darstellen, wobei letzteres wahrscheinlich nicht zu vermeiden war.

Man findet in diesem Abschnitt über „soziale Prozesse, Interessenvertretungen und Sozialpolitik“ Ergebnisse eines Chemnitzer Oral-History-Projektes über Frauen- und Ausländerarbeit in der DDR, dessen Bedeutung angesichts der massiven Deindustrialisierung vor allem in seiner „Notgrabungsfunktion“ liegt. *S. Höppner* untersucht Migrationen nach und in Sachsen, wobei die entgegengesetzten Trends der allgemeinen und jüdischen Wanderungsbilanzen im 20. Jh. bemerkenswert sind. Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung

Sachsens innerhalb Deutschlands und der im 20. Jh. zunehmenden Bedeutung von Anziehungsmotiven ist auch die im Jahre 1925 zu verzeichnende Trendwende zu einer positiven Wanderungsbilanz durchaus überraschend. *M. Jahn* fügt den in den letzten Jahren zunehmenden Forschungen über die Integration der Vertriebenen einen interessanten Aspekt hinzu. Er zeigt, wie speziell die Sudetendeutschen bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit Defizite im sächsischen Arbeitsmarkt ausgleichen und das Arbeitskräfteangebot diversifizieren konnten. Gleichzeitig genoß bei SMAD und KPD/SED die umfassende Nutzung der weiblichen Arbeitskräfte für die Rekonstruktion selbstverständlich (und nicht überraschend, S. 25) Priorität gegenüber allgemeinen emanzipatorischen Programmatiken. *D. Webers* Untersuchungen über Erwerbstätigkeit von Frauen in Erfurt und Leipzig weisen aber auch auf sozialpolitische Ansätze hin. Wenn den Frauen Nachtarbeit gestattet, Überstunden jedoch verboten wurden, so trägt es allerdings nicht zu einer differenzierten Betrachtung bei, wenn sie das eine als „Lockerung von Arbeitsschutzbestimmungen“ und das andere als „Privileg männlicher Arbeitskräfte“ gleichermaßen verurteilt. (S. 369)

Ein von den verschiedenen Autoren kontrovers beurteiltes Problem ist das Verhältnis zwischen der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und dem bürgerlichen Lager im ersten Drittel des 19. Jhs. *K. H. Pohl*, dessen Beitrag auch in den Abschnitt über demokratische Alternativen gepaßt hätte, betont Demokratisierungs-

und Modernisierungstendenzen innerhalb der Nationalliberalen Partei vor 1914, wofür er mehrere Indizien anführt. Eines davon ist das partielle Bündnis mit den Sozialdemokraten gegen die Konservativen im Kampf um industrielle Interessen. Die Erklärung der besonderen politischen Entwicklung Sachsens in der Weimarer Republik bei *W. Bramke* und *B. Häupel/M. Seidel* beruht jedoch wesentlich auf der geringen Bündnisbereitschaft zwischen Sozialdemokraten und (Links)liberalen oder, allgemeiner ausgedrückt, auf der strikten Trennung zwischen bürgerlichem und proletarischem Milieu. *Häupel* und *Seidel* stellen dabei bemerkenswerte Unterschiede zwischen Westsachsen und Thüringen fest, wo eine vergleichsweise schwache, als mehrheitlich linksorientiert geltende Sozialdemokratie gegenüber einem relativ starken Links- und zum Teil auch Rechtsliberalismus eine pragmatische, frühzeitig auf die Erhaltung der Weimarer Demokratie gerichtete Bündnispolitik betrieben hat. Leider sind die Daten über die thüringischen Ergebnisse bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 in sich widersprüchlich. (S. 429f.) Es ist erstaunlich, daß sowohl in der Argumentation *Bramkes* als auch bei *Häupel/Seidel* die Reichsexekution gegen Sachsen vom Oktober 1923 eine nur geringe Rolle spielt. Auch die „fast manische Sozialisierungsfurcht“ (S. 405) der sächsischen Unternehmer sollte wegen ihrer durchaus realen Hintergründe und der offenbar großen „bündnispolitischen“ Relevanz auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden, was allerdings voraussetzte, die

demokratischen Alternativen auch im bürgerlichen Lager zu suchen. Einen vielversprechenden Ansatz stellen in diesem Zusammenhang die Forschungsergebnisse *M. Rudloffs* über die strukturellen Auffassungen der sächsischen Parteien, speziell in der Weltwirtschaftskrise, dar. Nicht nur im Hinblick auf die Bedeutung der prozyklischen Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers Brüning und, wie wir jetzt wissen, auch des sächsischen Ministerpräsidenten Schieck dürften regionale Perspektiven die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jh. bereichern. Dabei sollte Sachsen aus vielerlei Gründen eine wichtige Rolle spielen, ohne dabei zu übersehen, daß gerade in der Weimarer Republik die Möglichkeiten für eine vom Reich unabhängige Wirtschaftspolitik der Länder gering waren.

So widmet sich ein weiterer Abschnitt des Buches den Strukturproblemen altindustrialisierter Regionen. Mit Hilfe der hier bereits am weitesten gediehenen regional-komparativen Perspektive wurden mit Thüringen und Württemberg passende Korrelate zur sächsischen Entwicklung gefunden. Der Vergleich mit Württemberg (*K. Megerle*) zeigt, daß zwar die anhaltend große Bedeutung der traditionellen Textilherstellung und die Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei, nicht aber die klein- und mittelständische Struktur an sich und die periphere Lage generell das Wirtschaftswachstum hemmten.

Die unterschiedliche Bewertung der von der Kriegswirtschaft ausgehenden strukturellen Effekte dürfte die Debatte um die wirtschaftliche Moder-

nisierung in der NS-Zeit wiederbeleben. *J. John* sieht in der Entwicklung Thüringens zur „Industrieverlagerungs- und Evakuierungszone erster Ordnung“ eher einen Belastungsfaktor für die Nachkriegszeit. (S. 120) *A. Dunkel* weist hingegen völlig zu Recht auf die besonders negativen Folgen der Demontage der metallverarbeitenden Unternehmen hin, die gerade in strukturschwachen Regionen, wie dem Eichsfeld und Südthüringen, während der NS-Zeit zu industriellen Kernen geworden waren und die thüringische Industriestruktur insgesamt diversifizierten. Es darf allerdings bezweifelt werden, daß Thüringen in der Nachkriegszeit durch den von Dunkel errechneten „höchsten Prokopfanteil an Reparationsleistungen“ (S. 190) auch insgesamt die stärksten wirtschaftlichen Nachteile erfahren hat. Hier rückt wohl eher *Johns* Einschätzung zu, daß das Land aufgrund der am weitestgehenden erhalten gebliebenen kleinteiligen Struktur „einen Anfangsvorteil unter den industriellen SBZ-Ländern“ gehabt hat (S. 118).

Nach einer außerordentlich differenzierten Betrachtung stellt *U. Heß* für Sachsen und speziell für den Leipziger Raum während der NS-Zeit eine „partielle wirtschaftliche Modernisierung“ (S. 91) fest, die es im Zusammenspiel mit der überlieferten Struktur ermöglichte, daß das Land zunächst enorme Reparationsleistungen erbrachte und später zur industriellen Kernregion der DDR wurde. Bekanntlich erlebte Sachsen innerhalb eines Vierteljahrhunderts drei radikale Strukturbrüche, nämlich durch die in Mittel-, und eben nicht in

West- und Süddeutschland, besonders starken Veränderungen beim Aufbau der Kriegswirtschaft, durch die Demonstrationen und die an den sowjetischen Bedürfnissen ausgerichteten Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion sowie schließlich als Folge der Autarkiepolitik der DDR in den fünfziger Jahren. Dies trifft prinzipiell auf die anderen „neuen“ Bundesländer ebenfalls zu, weshalb sich auch hier Vergleiche anbieten. Sachsens Spezifik könnte zum Beispiel darin liegen, daß aus der diversifizierten, klein- und mittelständischen Struktur erwachsene Kontinuitätslinien im Vergleich mit den anderen Regionen und unabhängig von ordnungspolitischen Interventionen besonders stark waren. Der regionale Ansatz in der Zeitgeschichte kann hier durchaus die Chance „zu einer Historisierung der bis jetzt stark von politischen Interessenlagen bestimmten DDR-Forschung“ (S. 14) eröffnen. Neben einer gewiß schwierigen Quantifizierung der strukturellen Veränderungen auf regionaler Ebene und bei Berücksichtigung auch kleinerer Unternehmen dürfte dazu auch eine Überprüfung der Anwendbarkeit des Modernisierungskonzepts vonnöten sein.

Zwei Detailstudien über die Arbeiterbewegungsgeschichte kompletieren den Abschnitt über demokratische Alternativen. *Th. Adam* stellt die Entwicklung des Leipziger Gewerkschaftskartells zwischen 1915 und 1919 dar, in dem, wie auch auf der politischen Ebene, die USPD dominierte. Die auch von *Bramke* konstatierte außergewöhnliche Stärke linker Sozialdemokraten in der Leipziger Arbeiterbe-

wegung kann aber auch *Adam* nicht erklären. Vielleicht hilft hier eine Sozialstrukturanalyse der Mitgliedschaft weiter, wie sie *T. Kupfer* für die anhaltinische Sozialdemokratie angestellt hat. Allerdings sollten die Ergebnisse mit den entsprechenden Daten über die Arbeiterschaft insgesamt verglichen werden.

Überblicksdarstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens (*W. Długoborski*) sowie über Mecklenburg in der ersten Hälfte des 20. Jhs. (*A. Wagner*), unternehmenshistorische Untersuchungen über die Skoda-Werke (*M. Bauerova*), die kommunalen Unternehmen in Leipzig (*U. Krüger*) sowie den Werklufschutz bei Zeiss Jena im Zweiten Weltkrieg (*R. Stutz*), eine interessante umwelthistorische Darstellung des Braunkohlenabbaus in Nordwestsachsen vor 1945 (*K. Kretschmer*) und eine leider in der Institutionengeschichte verharrende Abhandlung über die Vertretung außenwirtschaftlicher Interessen Sachsens gegenüber den Reichsorganen während der Weimarer Republik (*B. Gütersloh*) können an dieser Stelle nur genannt werden. Eine vielfältige Betrachtungsebenen anweisende und diese an verschiedenen Stellen bereits verknüpfende Aufsatzsammlung über Sachsen, die zahlreiche Vergleiche zu anderen miteldeutschen und benachbarten Regionen aufweist oder zumindest anregt, wird allerdings erst durch den Beitrag *D. Briesens* über das Regionalbewußtsein an sich sowie im Spannungsfeld zwischen Integration und Desintegration, Invention und Tradition, Persistenz und Konvergenz, Konstrukt und

Realität sowie Emanzipation und Affirmation abgerundet.

Uwe Müller

**Peter Bender, Episode oder Epoche?
Zur Geschichte des geteilten
Deutschland, Deutscher Taschen-
buch Verlag, München 1996, 289 S.**

Die Teilung Deutschlands war umfassend. Sie betraf auch die Historiker, die sich miteinander verfeindeten wie die Politiker. Sie betraf ebenfalls den Forschungsgegenstand. „Wie das Land sich teilte“, schreibt *Bender*, „so teilte sich auch die Geschichtsschreibung über das Land“ (S. 9). Auch für die Historiker galt: Den meisten erschien nur der eigene Staat der Beachtung wert.

Die Wiedervereinigung hat daran grundsätzlich nichts geändert. Nur gibt es das eine Land nicht mehr. Über die DDR-Geschichte wird kaum noch geschrieben, ohne daß der Historiker die Geschichte der Bundesrepublik im Kopf hätte: Die Bundesrepublik ist zur Vergleichsfolie geworden, mit deren Hilfe deutlich gemacht wird, wie sehr die DDR nicht genügte. Die Konturen des ostdeutschen Unrechtsstaats lassen sich deutlicher nachziehen auf dem Hintergrund des westdeutschen Rechtsstaats, die Defizite der DDR-Planwirtschaft viel so wirkungsvoller schildern, wenn man sich die Erfolge der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft vergewärtigt. Doch um die Herausstellung der Differenzen geht es *Bender*

nicht. Im Gegenteil: Er wünscht sich eine Geschichtsschreibung, bei der die Leser in Ost und West „nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Gemeinsamkeiten bemerken“ (S. 12).

Das verlangt nach methodischer Konsequenz. Wenn „beide Stränge der deutschen Nachkriegsentwicklung miteinander verknüpft werden sollen“ (S. 12), dann müssen sie auch gleichgewichtig behandelt werden. Der Vergleich darf sich nicht vordergründig auf die Unterschiede, sondern muß sich schon vom Ansatz her auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren. Nach *Bender* gab es die zur Genüge: „Den Ausgangspunkt gibt, daß die Bundesrepublik und die DDR, weil sie deutsche Staaten waren, vor gleichen Problemen und Aufgaben standen. Die Art, wie sie damit fertig wurden, unterschied sich meistens; zuweilen aber ähnelten sich die Lösungsversuche; manchenmal wurden beide auf den gleichen Weg getrieben, weil die Umstände gleich waren.“ (S. 10)

Gemeinsam erlitten die Deutschen in Ost und West die Katastrophe der militärischen Niederlage des „Dritten Reiches“ (Kapitel I); gemeinsam trugen sie an der Schuld, die der Nationalsozialismus dem Deutschen Volk aufgeladen hatte (Kapitel II). Zu den Gemeinsamkeiten gehörte auch, daß die Besatzungsmächte zunächst das Sagen hatten und sich die Politik beider deutscher Staaten erst schrittweise und bis 1989 nie vollständig aus dieser Vormundschaft lösen konnte (Kapitel III). Beide Regierungen traten für die deutsche Einheit ein und gaben vor, ihr am besten durch die separate Entwick-